

111 C 12252/12

## Verfügung

Rechtsstreit

\_\_\_\_\_ wlg. Forderung

1. Termin zur Güteverhandlung und für den Fall des Nichterscheinens einer Partei oder Erfolglosigkeit der Güteverhandlung unmittelbar anschließender Haupttermin wird bestimmt auf

Wochentag und Datum	Uhrzeit	Zimmer/Etage/Gebäude
_____	_____	_____

### Belehrungen

Schriftliche Erklärungen entbinden Sie nicht von der Pflicht zum Erscheinen im Termin. Wenn Sie nicht erscheinen und auch keinen mit schriftlicher Vollmacht versehenen volljährigen Familienangehörigen oder einen anderen nach § 79 Abs. 2 ZPO zugelassenen Bevollmächtigten zum Termin entsenden, kann dies zum Verlust des Prozesses führen. Gegen die nicht erschienene Partei kann auf Antrag des Gegners ein Versäumnisurteil erlassen oder eine Entscheidung nach Aktenlage getroffen werden (§§ 330 bis 331a, 251a ZPO); in diesem Fall hat die säumige Partei auch die Gerichtskosten und die notwendigen Kosten der Gegenseite zu tragen (§ 91 ZPO). Dies gilt auch dann, wenn schriftliche Einwendungen gegen den geltend gemachten Anspruch erhoben werden. Diese Einwendungen kann das Gericht nur berücksichtigen, wenn sie im Termin vorgetragen werden. Aus dem Versäumnisurteil oder dem Urteil nach Lage der Akten kann der Gegner der säumigen Partei gegen diese die Zwangsvollstreckung betreiben (§ 708 Nr. 2 ZPO).

Wird in dem vorstehend bezeichneten Verhandlungstermin ein neuer Termin verkündet, so werden Sie zu dem neuen Termin nicht mehr gesondert geladen. Sie müssen dann auch ohne Ladung erscheinen.

**Eine Vertretung durch einen Rechtsanwalt ist nicht vorgeschrieben.**

2. **Gemäß §§ 273, 278 ZPO wird angeordnet:**

- 2.1. Das persönliche Erscheinen folgender Partei:

Beklagter \_\_\_\_\_

Die Anordnung des persönlichen Erscheinens erfolgt zur Aufklärung des Sachverhalts (§ 141 Abs. 1 ZPO) und für einen Güteversuch (§ 278 Abs. 3 ZPO). Das Gericht wird bei Nichterscheinen einer Partei regelmäßig sofort in die mündliche Verhandlung eintreten (§ 279 Abs. 1 S. 1 ZPO) und bei Nichterscheinen beider Parteien bzw. deren Prozessbevollmächtigten das Ruhen des Verfahrens anordnen (§ 278 Abs. 4 ZPO).

- 2.2. Die Klagepartei kann zum Schriftsatz der beklagten Partei vom 30.08.2012 Stellung nehmen bis zum 25.09.2012.

12252/12 199 5

3. Hinweis gemäß § 139 ZPO:

- 3.1. Das Gericht rät den Parteien zu einem zeitnahen und endgültigen Abschluss des Rechtsstreits durch Abschluss eines Vergleichs. So können Kosten vermieden werden, die allein durch die Wahrnehmung des Termins entstehen und die in keinem wirtschaftlich sinnvollen Verhältnis zur Klageforderung stehen.
- 3.2. Im Hinblick auf die vorliegenden Unterlagen hat das Gericht keine ernsthaften Zweifel an der Aktivlegitimation der Klägerin.
- 3.3. Die geltend gemachten Ansprüche sind nicht verjährt. Mit dem Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids vom 14.12.2011 wurde die Verjährung gemäß §§ 693,166, 167 ZPO, 204 Absatz 1 Nummer 3 BGB gehemmt.
- 3.4. Den Beklagten trifft nach der Rechtsprechung des BGH (NJW 2010, 2061 bis 2064 - Sommer unseres Lebens) eine tatsächliche Vermutung dahingehend, dass er als Inhaber des fraglichen Internetanschlusses auch für über seinen Anschluss begangene Rechtsverletzungen verantwortlich ist. Aus dieser Vermutung ergibt sich für den Beklagten eine sekundäre Darlegungslast, die es ihm verwehrt, sich auf ein an sich zulässiges einfaches Bestreiten der Rechtsverletzung zurückzuziehen. Vielmehr muss der Beklagte als Anschlussinhaber substantiiert zu allen fraglichen Tatzeitpunkten vortragen, warum er als Verantwortlicher nicht in Betracht kommt. Wird dieser Vortrag in erheblicher Weise bestritten, trifft den Beklagten neben der Darlegungs- auch die Beweislast für sein Vorbringen.
- 3.5. Auf Grund der genannten Umstände rät das Gericht den Parteien zur zeitnahen Beendigung des Rechtsstreits durch Abschluss des nachstehenden Vergleichs. Eine Fortsetzung des Rechtsstreits stünde - für keine Partei - in keinem vernünftigen Verhältnis zum einem etwa möglichen, zusätzlichen Erfolg.

**Vergleichsvorschlag:**

1. Der Beklagte zahlt an die Klägerin einen Betrag in Höhe von 600,00 €. Damit sind sämtliche streitgegenständlichen Forderungen abgegolten.
2. Von den Kosten des Rechtsstreits trägt der Beklagte 3/4, die Klägerin 1/4. Hiervon ausgenommen sind die Kosten des Vergleichs, die gegeneinander aufgehoben werden.

**Die Parteien können zu dem Vergleichsvorschlag innerhalb von zwei Wochen Stellung nehmen.**

gez.

  
Richter am Amtsgericht

129907 199 4



Für die Richtigkeit der Abschrift (Ablich-



9.2012

Urkundsbeamter der Geschäftsstelle